



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordneter Jan Wenzel Schmidt (AfD)

Staatliche Zuwendungen an Glaubensgemeinschaften

Kleine Anfrage - KA 7/188

Antwort der Landesregierung erstellt vom Ministerium der Finanzen

- 1. Welche Religionsgemeinschaften erheben in Sachsen-Anhalt auf Grundlage des Artikels 137 Absatz 6 WRV eine Steuer und wie hoch waren die dadurch generierten Einkünfte seit 2010? Bitte die Mitgliederzahl sowie die Anzahl der jeweiligen Kirchensteuerpflichtigen sowie die Höhe der Einkünfte nach Jahren getrennt angeben.**

Die Landesregierung hat nur Kenntnis von einer Steuererhebung und zur Höhe der Steuereinnahmen, soweit von der steuerberechtigten Religionsgemeinschaft die Verwaltung der Kirchensteuer nach § 7 Kirchensteuergesetz (KiStG LSA) auf die Finanzämter übertragen worden ist. Dies ist für die folgenden Religionsgemeinschaften der Fall:

Evangelische Landeskirche Anhalts
Evangelische Kirche in Mitteldeutschland
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz
Evangelisch-Lutherische Landeskirche in Braunschweig
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsens
Bistum Magdeburg
Erzbistum Berlin

Die Höhe der für diese Religionsgemeinschaften von der Finanzverwaltung als Zuschlag zur Einkommensteuer insgesamt vereinnahmten Kirchensteuern kann der nachstehenden Tabelle 1 entnommen werden.

Tabelle 1 (Beträge in Euro)

Kirchensteuer in Sachsen-Anhalt für die Jahre 2010 bis 2015

	ev./luth.	röm./kath.	KiSt zur Kapital- ertragsteuer	Gesamtaufkommen
2010	32.251.000	11.737.000	335.000	44.323.000
2011	32.589.000	11.774.000	526.000	44.890.000
2012	33.976.000	11.875.000	511.000	46.363.000
2013	37.017.000	12.808.000	922.000	50.747.000
2014	40.640.000	14.062.000	581.000	55.283.000
2015	41.655.000	14.330.000	870.000	56.856.000

Die Zahl der den Finanzämtern bekannten Kirchensteuerpflichtigen ist in der folgenden Tabelle 2 ausgewiesen.

Tabelle 2

Anzahl der in den Finanzämtern gespeicherten Kirchensteuersignale: EV/RK

Kalenderjahr	Evangelische KiSt-Signale	Röm.-kath. KiSt-Signale	KiSt-Signale gesamt
2010	135.148	33.991	169.139
2011	133.824	33.835	167.659
2012	132.673	33.904	166.577
2013	132.376	34.243	166.619
2014	130.972	34.334	165.306
2015	129.584	34.351	163.935

Zu den übrigen Teilen der Frage 1 kann die Landesregierung keine Angaben machen. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Landeskirchen bzw. Bistümer sind der Landesregierung nicht bekannt. Auch eine genauere Zuordnung der Kirchensteuerpflichtigen zu den einzelnen Landeskirchen bzw. Bistümern, für die die Verwaltung der Kirchensteuer auf die Finanzämter übertragen wurde, ist der Landesregierung nicht möglich, da hierzu keine besondere Erfassung erfolgt. Diese ist nicht erforderlich, da die Kirchensteuern nicht an die einzelnen Landeskirchen bzw. Bistümer überwiesen werden, sondern an eine von den Kirchen bestimmte innerkirchliche Clearingstelle.

2. Wie hoch waren die Verwaltungskosten für den Einzug der Kirchensteuer in den vergangenen fünf Jahren? Wie hoch waren im Gegenzug die Zahlungen der Religionsgemeinschaften für den Einzug der Kirchensteuer?

Die Höhe des tatsächlichen Aufwands für den Einzug der Kirchensteuer ist der Landesregierung nicht bekannt. Hierzu wurden bisher keine Ermittlungen durchgeführt. Die Kirchensteuer ist nur eine Annexsteuer zur Einkommensteuer und ihre Berechnung und Festsetzung ist fast vollständig in das automationsgestützte Steuerfestsetzungsverfahren integriert. Die Landesregierung geht daher davon aus, dass der von den Religionsgemeinschaften als Entschädigung im Zusammenhang mit der Verwaltung der Kirchensteuer geleistete Verwaltungskostenbeitrag den in der Finanzverwaltung entstehenden Aufwand vollständig abdeckt.

Die Höhe der jeweils einbehaltenen Verwaltungskostenbeiträge kann der nachfolgenden Tabelle 3 entnommen werden.

Tabelle 3 (Beträge in Euro)

	Verwaltungskosten zur ev./luth. KiSt	Verwaltungskosten zur röm./kath. KiSt	Verwaltungskosten zur KiSt auf Kapi- talertragsteuer	Verwaltungskosten gesamt
2010	967.527	339.693	10.065	1.317.285
2011	977.678	353.219	15.794	1.346.691
2012	1.019.290	356.264	15.342	1.390.896
2013	1.110.504	384.241	27.668	1.522.413
2014	1.219.214	421.854	17.425	1.658.493
2015	1.249.659	429.908	26.102	1.705.669

3. Welche Religionsgemeinschaften erhalten Staatsleistungen vom Land Sachsen-Anhalt? In welcher Höhe erfolgten Zahlungen seit 2010? Bitte nach Religionsgemeinschaft und Jahren getrennt angeben.

Sachsen-Anhalt zahlt an die Religionsgemeinschaften im Land jeweils einen pauschalen Gesamtzuschuss (Staatsleistungen).

Die Staatsleistungen an die Religionsgemeinschaften sind in den Haushaltsplänen des Landes jeweils im Einzelplan 13, Kapitel 1315 ausgewiesen. Danach waren folgende Leistungen vorgesehen:

Zuschüsse für die evangelischen Gliedkirchen in Sachsen-Anhalt (in Euro)

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
23.815.700	24.340.100	24.686.400	25.180.100	25.685.000	26.355.500	26.940.000

Zuschüsse für die Katholische Kirche in Sachsen-Anhalt (in Euro)

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
4.901.900	5.009.900	5.081.100	5.182.700	5.287.000	5.424.700	5.545.000

Zuschüsse an den Landesverband Jüdischer Gemeinden (in Euro)

2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
1.215.500	1.242.300	1.260.000	1.285.200	1.310.900	1.345.200	1.375.000

Eine weitergehende Aufschlüsselung der Zahlungen ist der Landesregierung nicht möglich. Entsprechend den Vereinbarungen in den Staatskirchenverträgen zahlt das Land jeweils einheitliche Beträge (für die evangelischen Gliedkirchen über die Evangelische Kirche in Mitteldeutschland und für die Katholische Kirche über das Bistum Magdeburg), die kirchenintern aufgeteilt werden.

4. Welche Steuervorteile genießen diese Religionsgemeinschaften und wie hoch ist schätzungsweise dabei der jährliche Steuerausfall? Bitte nach Religionsgemeinschaften getrennt angeben.

Es gibt nur sehr wenige Steuervorteile, die ausschließlich Religionsgemeinschaften zugute kommen. Hierzu zählen:

Vorschrift	Tatbestand
§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 Grundsteuergesetz (GrStG)	Von der Grundsteuer sind befreit Grundbesitz, der von einer Religionsgesellschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, einem ihrer Orden, einer ihrer religiösen Genossenschaften oder einem ihrer Verbände für Zwecke der religiösen Unterweisung, der Wissenschaft, des Unterrichts, der Erziehung oder für Zwecke der eigenen Verwaltung benutzt wird. Den Religionsgesellschaften stehen die jüdischen Kultusgemeinden gleich, die nicht Körperschaften des öffentlichen Rechts sind.
§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 GrStG	Von der Grundsteuer sind befreit Dienstwohnungen der Geistlichen und Kirchendiener der Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, und der jüdischen Kultusgemeinden
§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 6 GrStG	Von der Grundsteuer sind befreit Grundbesitz der Religionsgesellschaften, die Körperschaften des öffentlichen Rechts sind, und der jüdischen Kultusgemeinden, der am 1. Januar 1987 und im Veranlagungszeitpunkt zu einem nach Kirchenrecht gesonderten Vermögen, insbesondere einem Stellenfonds gehört, dessen Erträge ausschließlich für die Besoldung und Versorgung der Geistlichen und Kirchendiener sowie ihrer Hinterbliebenen bestimmt sind. Ist in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrages genannten Gebiet die Zugehörigkeit des Grundbesitzes zu einem gesonderten Vermögen im Sinne des Satzes 1 am 1. Januar 1987 nicht gegeben, reicht es insoweit aus, dass der Grundbesitz zu einem Zeitpunkt vor dem 1. Januar 1987 zu einem gesonderten Vermögen im Sinne des Satzes 1 gehörte
§ 4 Nr. 1 GrStG	Soweit sich nicht bereits eine Befreiung nach § 3 ergibt, sind von der Grundsteuer befreit Grundbesitz, der dem Gottesdienst einer Religionsgemeinschaft, die Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, oder einer jüdischen Kultusgemeinde gewidmet ist
§ 13 Abs. 1 Nr. 16 Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuergesetz (ErbStG)	Steuerfrei bleiben Zuwendungen a) an inländische Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts oder an inländische jüdische Kultusgemeinden, b) an inländische Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach ihrer tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar kirchlichen, gemeinnützigen oder

	<p>mildtätigen Zwecken im Sinne der §§ 52 bis 54 der Abgabenordnung dienen. Die Befreiung fällt mit Wirkung für die Vergangenheit weg, wenn die Voraussetzungen für die Anerkennung der Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse als kirchliche, gemeinnützige oder mildtätige Institution innerhalb von zehn Jahren nach der Zuwendung entfallen und das Vermögen nicht begünstigten Zwecken zugeführt wird,</p> <p>c) an ausländische Religionsgesellschaften, Körperschaften, Personenvereinigungen und Vermögensmassen der in den Buchstaben a und b bezeichneten Art, die nach § 5 Absatz 1 Nummer 9 des Körperschaftsteuergesetzes in Verbindung mit § 5 Absatz 2 Nummer 2 zweiter Halbsatz des Körperschaftsteuergesetzes steuerbefreit wären, wenn sie inländische Einkünfte erzielen würden, und wenn durch die Staaten, in denen die Zuwendungsempfänger belegen sind, Amtshilfe und Unterstützung bei der Beitreibung geleistet werden. Amtshilfe ist der Auskunftsaustausch im Sinne oder entsprechend der Amtshilferichtlinie gemäß § 2 Absatz 2 des EU-Amtshilfegesetzes. Beitreibung ist die gegenseitige Unterstützung bei der Beitreibung von Forderungen im Sinne oder entsprechend der Beitreibungsrichtlinie einschließlich der in diesem Zusammenhang anzuwendenden Durchführungsbestimmungen in den für den jeweiligen Stichtag der Steuerentstehung geltenden Fassungen oder eines entsprechenden Nachfolgerechtsaktes. Werden die steuerbegünstigten Zwecke des Zuwendungsempfängers im Sinne des Satzes 1 nur im Ausland verwirklicht, ist für die Steuerbefreiung Voraussetzung, dass natürliche Personen, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Geltungsbereich dieses Gesetzes haben, gefördert werden oder dass die Tätigkeit dieses Zuwendungsempfängers neben der Verwirklichung der steuerbegünstigten Zwecke auch zum Ansehen der Bundesrepublik Deutschland beitragen kann. Buchstabe b Satz 2 gilt entsprechend;</p>
§ 4 Nr. 27 Buchst. a Umsatzsteuergesetz (UStG)	<p>Von den unter § 1 Abs. 1 Nr. 1 fallenden Umsätzen sind steuerfrei:</p> <p>die Gestellung von Personal durch religiöse und weltanschauliche Einrichtungen für die in Nummer 14 Buchstabe b, in den Nummern 16, 18, 21, 22 Buchstabe a sowie in den Nummern 23 und 25 genannten Tätigkeiten und für Zwecke geistigen Beistands.</p>
§ 12 Abs. 2 Nr. 8 Buchst. a UStG	<p>Die Steuer ermäßigt sich auf 7 Prozent für die folgenden Umsätze:</p> <p>die Leistungen der Körperschaften, die ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Zwecke verfolgen (§§ 51 bis 68 der Abgabenordnung). Das gilt</p>

	nicht für Leistungen, die im Rahmen eines wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs ausgeführt werden. Für Leistungen, die im Rahmen eines Zweckbetriebs ausgeführt werden, gilt Satz 1 nur, wenn der Zweckbetrieb nicht in erster Linie der Erzielung zusätzlicher Einnahmen durch die Ausführung von Umsätzen dient, die in unmittelbarem Wettbewerb mit dem allgemeinen Steuersatz unterliegenden Leistungen anderer Unternehmer ausgeführt werden, oder wenn die Körperschaft mit diesen Leistungen ihrer in den §§ 66 bis 68 der Abgabenordnung bezeichneten Zweckbetriebe ihre steuerbegünstigten satzungsgemäßen Zwecke selbst verwirklicht.
--	--

Ertragsteuerlich genießen die Religionsgemeinschaften als solche keine besonderen Steuervorteile.

Nach Artikel 137 Abs. 6 Weimarer Reichsverfassung (WRV) in Verbindung mit Artikel 140 Grundgesetz (GG) sind ausschließlich Religionsgemeinschaften nach Maßgabe der landesrechtlichen Vorschriften zur Steuererhebung berechtigt, wenn diese Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Für alle juristischen Personen des öffentlichen Rechts besteht eine unbeschränkte Körperschaftsteuerpflicht nach § 1 Abs. 1 Nr. 6 Körperschaftsteuergesetz (KStG) nur, soweit die betreffende juristische Person des öffentlichen Rechts Betriebe gewerblicher Art im Sinne des § 4 KStG unterhält. Nach § 4 Abs. 1 KStG sind Betriebe gewerblicher Art von juristischen Personen des öffentlichen Rechts im Sinne des § 1 Abs. 1 Nr. 6 KStG vorbehaltlich des Absatzes 5 alle Einrichtungen, die einer nachhaltigen wirtschaftlichen Tätigkeit zur Erzielung von Einnahmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft dienen und die sich innerhalb der Gesamtbetätigung der juristischen Person wirtschaftlich herausheben. Die Absicht, Gewinn zu erzielen, und die Beteiligung am allgemeinen wirtschaftlichen Verkehr sind nicht erforderlich. Nach § 4 Abs. 5 KStG gehören Betriebe, die überwiegend der Ausübung der öffentlichen Gewalt dienen (sog. Hoheitsbetriebe), nicht zu den Betrieben gewerblicher Art. Die Landeskirchen, Bistümer und Kirchengemeinden und ihre Gliederungen sind Körperschaften des öffentlichen Rechts; ihr Dienst ist öffentlicher Dienst. Sie sind berechtigt, nach Maßgabe der landesrechtlichen Bestimmungen aufgrund von Steuerordnungen Kirchensteuern sowie Kirchgeld zu erheben. Die Erhebung von Kirchensteuern und Kirchgeld nach landesrechtlichen Vorschriften und auf der Grundlage des Artikels 137 Abs. 6 WRV in Verbindung mit Artikel 140 GG begründet keinen Betrieb gewerblicher Art in diesem Sinne. Es wird insoweit auch kein Gewerbebetrieb im Sinne des Gewerbesteuergesetzes ausgeübt. Inwieweit Religionsgemeinschaften im Übrigen Betriebe gewerblicher Art unterhalten, richtet sich nach den Umständen des Einzelfalls. Es gelten hierfür die allgemein gültigen Kriterien für juristische Personen des öffentlichen Rechts.

Zur Höhe des durch diese Regelungen verursachten jährlichen Steuerausfalls liegen der Landesregierung keine Erkenntnisse vor. Sie können auch nicht realistisch geschätzt werden, da die Finanzverwaltung hierzu keinerlei Aufzeichnungen vornimmt.

- 5. Plant die Landesregierung beispielsweise durch eine Bundesratsinitiative die Grundlage für ein Gesetz zu schaffen, wie es im Artikel 138 WRV vorgesehen ist? Bitte begründen.**

Nach Artikel 140 GG in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 WRV ist der Bund verpflichtet, ein Grundsatzgesetz zu schaffen, nach dessen Vorgaben die Länder ihrerseits Gesetze zur Ablösung der Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften zu erlassen haben. Die Bundesregierung sieht aufgrund des Ablösegebots des Artikels 140 GG in Verbindung mit Artikel 138 Absatz 1 WRV, das nicht befristet und sanktioniert ist, bisher keinen Handlungsbedarf, durch ein Grundsatzgesetz des Bundes die Länder zu verpflichten, die von diesen gewährten Staatsleistungen an die Kirchen abzulösen und verweist darauf, dass die Länder - ungeachtet der Höhe der erforderlichen Ablösebeträge - auch ohne ein solches Grundsatzgesetz die Möglichkeit hätten, die Staatsleistungen im Wege des vertraglichen Einvernehmens mit den Kirchen umzugestalten und aufzuheben. In den Ländern wird - wie auch von der Mehrheit in Literatur und Rechtsprechung - aus der Vorschrift des Artikels 138 Absatz 1 WRV eine Bestandsgarantie für die Staatsleistungen bis zum Erlass eines Ablösungsgesetzes abgeleitet.

Die Landesregierung bevorzugt grundsätzlich das Prinzip freiwilliger Leistungen und einvernehmlicher Lösungen. Sie plant daher nicht, hinsichtlich eines Grundsatzgesetzes zur Ablösung der Staatsleistungen an Religionsgesellschaften initiativ zu werden.

- 6. In welcher Höhe beabsichtigt die Landesregierung die „Kirchentage auf dem Weg“ im kommenden Jahr zu bezuschussen? Welche Vorteile werden durch die Bereitstellung dieser Mittel geschaffen?**

Die Landesregierung fördert die Ausrichtung der „Kirchentage auf dem Weg“ mit je einer Million Euro in 2016 und 2017. Der Zuwendungsbescheid an den Projektträger, den Verein „Reformationsjubiläum 2017 e. V.“, wurde am 25.07.2016 durch das Landesverwaltungsamt als Bewilligungsbehörde versandt. Die Förderung erfolgt auf Grundlage einer Rahmenvereinbarung mit dem Projektträger. Sie wurde im Ausschuss für Bildung und Kultur beraten.

Diese Förderung durch die Landesregierung erfolgt dezidiert in Umsetzung des Landtagsbeschlusses Drs. 5/44/1464 B „Lutherdekade und Reformationsjubiläum als touristisches Markenzeichen für Sachsen-Anhalt und Mitteldeutschland nutzen“.